London Branch

Nachtrag b

gemäß § 11 Wertpapier-Verkaufsprospektgesetz
(in der vor dem 01. Juli 2005 geltenden Fassung)

vom 19. Juli 2005

zum

Unvollständigen Verkaufsprospekt
vom 31. März 2005

über

Zertifikate auf *

Inhaltsverzeichnis

Wegfall der Gewährträgerhaftung _____ **3**

Allgemeine Informationen zur Landesbank Berlin -Girozentrale- _____ **4**

Allgemeine Informationen zur Bankgesellschaft Berlin AG _____ **11**

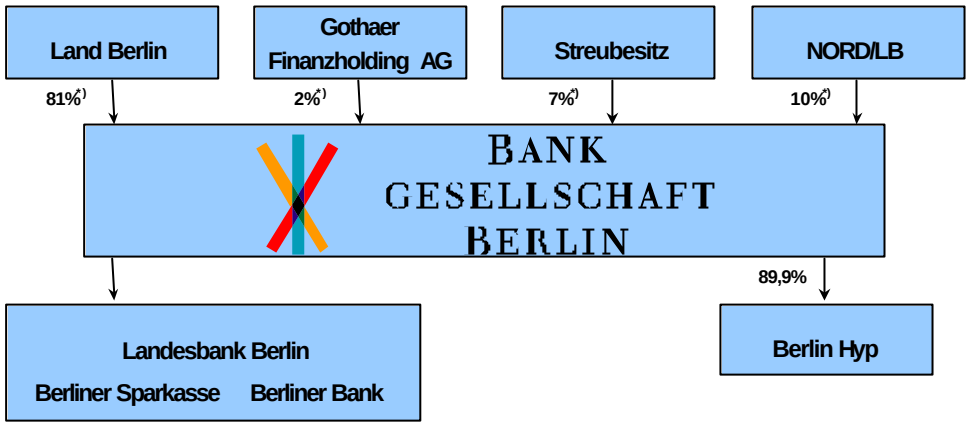
Geschäftsgang und Aussichten _____ **16**

Die Anstaltslast für die Landesbank Berlin -Girozentrale- wurde mit Ablauf des 18. Juli 2005 abgeschafft. Verbindlichkeiten, die nach dem 18. Juli 2005 entstehen, fallen nicht unter die Gewährträgerhaftung des Landes Berlin.

Wertpapiere, die auf Basis dieses Verkaufsprospektes begeben werden und deren Emissionstag nach dem 18. Juli 2005 liegt, unterliegen nicht der Gewährträgerhaftung durch das Land Berlin.

Die Landesbank Berlin -Girozentrale- als Teil des Konzerns Bankgesellschaft Berlin

Gegenwärtige Konzernstruktur



*) Die Angaben zum Anteilsbesitz an der Bankgesellschaft Berlin sind Circa-Werte.

Der Konzern im Überblick

Die Bankgesellschaft Berlin ist ein börsennotiertes Kreditinstitut mit Sitz in der deutschen Hauptstadt Berlin. Die Gründung des Konzerns am 1. Januar 1994 führte mit der Landesbank Berlin -Girozentrale-, der Berliner Bank und der Berlin Hyp erstmals öffentlich-rechtliche Strukturen mit der privat-rechtlichen Gesellschaftsform unter dem Dach einer börsennotierten Aktiengesellschaft zusammen.

Seit Dezember 2001 durchläuft die Bank einen Prozess der Restrukturierung und strategischen Neuausrichtung mit dem Ziel, die Bankgesellschaft Berlin auf Basis von vier Säulen zu etablieren: als kundennahes Institut mit einer herausragenden Stellung im Privatkunden- und Firmenkundengeschäft, mit ausgewählten Aktivitäten im Kapitalmarkt-geschäft sowie einem bundesweit auf Investoren und Wohnungsbaugesellschaften ausgerichteten Immobilienfinanzierungsgeschäft.

Mit den Marken Berliner Sparkasse, Berliner Bank und Landesbank Berlin hat die Bankgesellschaft Berlin AG eine herausragende Position im Privat- und Firmenkunden-geschäft inne. Diese Stellung nutzt der Konzern ebenfalls für das Wertpapiergeschäft, das private Immobilienfinanzierungsgeschäft und die gewerbliche Immobilienfinanzierung. Die Bankgesellschaft Berlin bietet ihre Leistungen unter verschiedenen Marken und Vertriebs-formen, vom umfassenden Service im PrivatkundenCenter über Telefon-Banking bis zum Internet an. Vom Anlage- und Kreditgeschäft bis hin zur Beratung über Versicherungs-, Bauspar- und Zahlungsverkehrsprodukte stellt der Konzern ein umfassendes Angebot an

Bankprodukten bereit. Im Firmenkundengeschäft liegt der Fokus auf der Betreuung kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie von Gewerbekunden.

Im Kapitalmarktgeschäft ist der Konzern spezialisierter Marktteilnehmer in ausgewählten Bereichen. Die Bank bietet innovative Kapitalmarktprodukte auch für Privatanleger an. Im Auslandsgeschäft konzentriert sich die Bank auf Geschäftsverbindungen in Zentral- und Osteuropa.

In der Immobilienfinanzierung steht das Geschäft mit Investoren, Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften sowie ausgewählten Immobilienentwicklern im Mittelpunkt. Dabei konzentriert sich das Geschäftsfeld auf Ballungsgebiete wie Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Hamburg und München.

Die Nähe zum Kunden wurde zum Organisationsprinzip erhoben. Dabei geht es nicht nur um die Dichte des Filialnetzes, sondern vor allem um das Engagement der Mitarbeiter. Ihre Motivation sowie ihre Fachkompetenz sind die Voraussetzung für Kundenzufriedenheit und Kundenbindung.

Die Landesbank Berlin -Girozentrale-

Emission von Aktienderivaten und strukturierten Aktienprodukten

Die Begebung der Wertpapiere erfolgt aufgrund des vom Vorstand der Landesbank Berlin genehmigten Produktkataloges.

Gründung, Sitz und Gegenstand

Die Wurzeln der **Landesbank Berlin** gehen auf das Jahr 1818 zurück, als in Berlin die erste öffentliche Sparkasse Preußens **gegründet** wurde. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges erfolgte im Jahr 1948 nach vorübergehender Einstellung der Geschäftstätigkeit eine institutionelle Trennung in die Sparkasse der Stadt Berlin West und im Ostteil in die Sparkasse der Stadt Berlin.

In der Folge der deutschen Wiedervereinigung begann für die Sparkassen in Berlin eine neue Ära. Am 27. September 1990 wurde das Gesetz über die Errichtung der Landesbank Berlin -Girozentrale- vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossen und trat am 1. Oktober 1990 in Kraft. Die Sparkasse der Stadt Berlin West und die Sparkasse der Stadt Berlin wurden daraufhin im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin überführt. Das Sparkassengeschäft wird seitdem im gesamten Berliner Stadtgebiet unter der Bezeichnung „Berliner Sparkasse - Abteilung der Landesbank Berlin“ geführt.

Seit dem 1. Januar 1994 gehört die Landesbank Berlin der zu diesem Zeitpunkt neu gegründeten Bankgesellschaft Berlin AG als Tochtergesellschaft an. Die Bankgesellschaft Berlin AG ist als Konzernmuttergesellschaft in Form einer atypisch stillen Beteiligung an der Landesbank Berlin beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften aller Art. Die Landesbank Berlin bietet die vollständige Produktpalette des Kredit- und Einlagengeschäfts mit Firmen- und Privatkunden. Sie übernimmt Finanzierungen im Bereich der öffentlichen Hand, wobei das Angebot von der Bereitstellung klassischer Kommunalkredite bis hin zu komplexen Projektfinanzierungen kommunaler Aufgaben reicht. Des Weiteren beteiligt sie

sich an der Platzierung von Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen am Kapitalmarkt und unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und strukturpolitischer Grundsätze. Die Bank betreibt das Bauspargeschäft durch Beteiligung am Kapital der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover.

Die Landesbank Berlin setzt ihren Schwerpunkt im Retail-Geschäft mit Privat- und Firmenkunden. Dabei stellen sowohl die 156 PrivatkundenCenter der Berliner Sparkasse[*)] als auch die 41 PrivatkundenCenter der Berliner Bank ihren Kunden ein umfassendes Angebot an Bankprodukten bereit. Die Berliner Sparkasse bündelt dabei ihr Immobiliengeschäft in drei eigenständigen ImmobilienCentern. Den Ansprüchen vermögender Kunden widmen sich die 27 VermögensanlageCenter der Berliner Sparkasse und die 18 BeratungsCenter Private Kunden der Berliner Bank. Besonders große Vermögen betreut in der Landesbank Berlin und der Berliner Bank das Private Banking mit einem exklusivem Leistungsspektrum. Gewerbekunden werden in der Berliner Sparkasse durch die GewerbekundenZentren und in der Berliner Bank durch die BetreuungsZentren für Gewerbekunden betreut. Für mittlere Firmenkunden wurde das Know-how in den Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin und der Berliner Bank konzentriert. Den Ansprüchen großer Firmenkunden und der öffentlichen Hand widmen sich die Zentralen Direktionen Firmenkunden der Landesbank Berlin und der Berliner Bank. Die Landesbank Berlin betreibt zwei Niederlassungen im Ausland.

Die London Branch wurde im November 1993 als rechtlich unselbständige Niederlassung eröffnet. Die Adresse lautet: LBB Landesbank Berlin London Branch, 1 Crown Court, 66 Cheapside, GB-London EC2V 6JP.

Die Landesbank Berlin -Girozentrale- als eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat ihren **Sitz in Berlin** und ist unter der **Nummer HRA 30817** im **Handelsregister beim Amtsgericht Berlin, Charlottenburg** eingetragen.

Neben dem Betreiben des Sparkassengeschäfts fungiert die Landesbank Berlin als Geschäftsbank, Sparkassenzentralbank und als eigener Sparkassenverband.

Gegenstand des Unternehmens ist das Betreiben von Bankgeschäften aller Art. Die Landesbank Berlin bietet die vollständige Produktpalette des Kredit- und Einlagengeschäfts mit Firmen- und Privatkunden. Sie übernimmt Finanzierungen im Bereich der öffentlichen Hand, wobei das Angebot von der Bereitstellung klassischer Kommunalkredite bis hin zu komplexen Projektfinanzierungen kommunaler Aufgaben reicht. Des Weiteren beteiligt sie sich an der Platzierung von Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen am Kapitalmarkt und unterstützt das Land Berlin bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und strukturpolitischer Grundsätze. Die Bank betreibt das Bauspargeschäft durch Beteiligung am Kapital der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover.

Kapitalverhältnisse

Das Grundkapital beträgt EUR 1.943,9 Mio. Dieses setzt sich zusammen aus einer atypisch stillen Einlage der Bankgesellschaft Berlin seit Januar 1994 in Höhe von EUR 843,9 Mio.

[*)] Weiteres zur Verwendung der Marke “Sparkasse” finden Sie auch im Abschnitt “Geschäftsgang und Aussichten”

und aus zwei stillen Beteiligungen des Landes Berlin in Höhe von EUR 796,0 Mio. und EUR 304,0 Mio..

Organe

Die Organe der Bank sind Vorstand, Aufsichtsrat und Gewährträgerversammlung.

Der **Vorstand** besteht aus mindestens zwei Mitgliedern mit gleichen Rechten und Pflichten. Über die Bestellung, Abberufung und Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder beschließt der Aufsichtsrat.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank. Er vertritt die Bank gerichtlich und außergerichtlich gegenüber Dritten.

Zur Zeit gehören dem Vorstand an:

Hans-Jörg Vetter, Vorsitzender	Königstein / Taunus
Dr. Johannes Evers	Berlin
Uwe Kruschinski	Hamburg
Hans Jürgen Kulartz	Berlin
Martin K. Müller	Berlin
Dr. Thomas Veit	Mannheim

Den **Aufsichtsrat** bilden zehn vom Berliner Senat vorzuschlagende und von der Gewährträgerversammlung nach Maßgabe der Satzung zu bestellende Mitglieder[*)] und fünf von der Personalvertretung zu bestellende Mitglieder.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat aus seiner Mitte nach Maßgabe der Satzung bestellt.

Die Gewährträgerversammlung und die Personalvertretung können die von ihnen bestellten Mitglieder jederzeit abberufen.

Der Aufsichtsrat bestimmt die Richtlinien für die Tätigkeit der Bank. Er überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes. Er kann bestimmen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.

Der Aufsichtsrat kann zur Erledigung bestimmter Aufgaben Ausschüsse bilden. Der Aufsichtsrat vertritt die Bank gegenüber den Vorstandsmitgliedern.

Zur Zeit gehören dem Aufsichtsrat an:

- von der Gewährträgerversammlung bestellte Mitglieder:

[*)] zur Zeit nur neun Mitglieder bestellt

Dr. h.c. Klaus G. Adam - Vorsitzender -	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Rheinland-Pfalz - Girozentrale -	Wiesbaden
Harald Wolf - stellv. Vorsitzender -	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin	Berlin Geschäftsadresse
Dr. Thilo Sarrazin - stellv. Vorsitzender -	Senator für Finanzen des Landes Berlin	Berlin Geschäftsadresse
Axel Berger	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	Rösrath
Thomas Dobkowitz	Unternehmensberater	Berlin
Dr. Michael Endres	ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG, Vorsitzender des Vorstands der Gemeinnützige Hertie-Stiftung	Königstein / Taunus
Dr. Thomas Guth	Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.	Berlin
Dr. Heinz-Gerd Stein	ehem. Mitglied des Vorstand der ThyssenKrupp AG	Dinslaken
Bernd Wrede	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Hapag Lloyd AG	Hamburg

- von der Personalvertretung bestellte Mitglieder:

Michael Dutschke	stellv. Vorsitzender des Personalrates der Landesbank Berlin - Girozentrale -	Berlin
Astrid Maurer	Frauenvertreterin der Landesbank Berlin - Girozentrale -	Amalienfelde
Manfred Rapphahn	Mitglied des Personalrates der Landesbank Berlin - Girozentrale -	Berlin
Frank Walde	stellv. Vorsitzender des Personalrates der Landesbank Berlin - Girozentrale -	Berlin
Bärbel Wulff	Vorsitzende des Personalrates der Landesbank Berlin - Girozentrale - und stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrates	Berlin

Die **Gewährträgerversammlung** wird vom Senat bestellt.

Die Gewährträgerversammlung beschließt in den durch Gesetz und Satzung bestimmten Fällen, namentlich über

1. die Verwendung des Bilanzgewinns und die Deckung von Verlusten,
2. die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats,
3. den Erlass und die Änderung der Satzung und die Veränderung des Grundkapitals,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers.

Sie vertritt die Bank nach Maßgabe der Satzung gegenüber den Aufsichtsratsmitgliedern.

Zahlstelle

Zahlstelle für die vorgenannten Wertpapiere ist die Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin.

Gewinnverwendung

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Gewährträgerversammlung auf Vorschlag des Aufsichtsrats. Will die Gewährträgerversammlung dem Vorschlag nicht entsprechen, so gibt sie ihn mit einer Begründung ihrer ablehnenden Einstellung dem Aufsichtsrat zur nochmaligen Beratung zurück. Über den dann vom Aufsichtsrat unterbreiteten Vorschlag entscheidet die Gewährträgerversammlung endgültig.

Der Bilanzgewinn kann auch ganz oder teilweise in Rücklagen eingestellt werden.

Solange das Grundkapital nicht aufgefüllt ist, findet keine Gewinnausschüttung statt.

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Bekanntmachungen

Soweit nach den gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen der Satzung oder der Anordnung der Gewährträgerversammlung öffentliche Bekanntmachungen zu erfolgen haben, erfolgt die Bekanntmachung im Bundesanzeiger und im Amtsblatt von Berlin.

Abschlussprüfer

Die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2004 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Für die Geschäftsjahre 2003 und 2002 wurden die Jahresabschlüsse ebenfalls von der PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

PwC
Deutsche Revision AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Lise-Meitner Str. 1
10589 Berlin

Ausblick

Im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens für die Bankgesellschaft Berlin AG hatte das Land Berlin zugesagt, seine Anteile am Konzern bis spätestens 31. Dezember 2007 zu veräußern. Mit Blick auf den anstehenden Verkaufsprozess soll die Struktur des Konzerns in den kommenden beiden Jahren unter dem Motto „Eine Bank“ erheblich vereinfacht werden. Kern dieser Vereinfachung ist die Zusammenführung des Geschäfts der heutigen Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin – Girozentrale – in einer aufsichtsrechtlichen Einheit.

Den rechtlichen Rahmen hierfür hat das Land Berlin mit dem Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 geschaffen. Es sieht zum einen vor, die Landesbank Berlin zum 1. Januar 2006 identitätswahrend von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Zum anderen regelt es die Ausgestaltung der Berliner Sparkasse innerhalb der Landesbank Berlin AG, die künftig vom Land Berlin mit der Trägerschaft für die Berliner Sparkasse beliehen wird. Damit schafft das Gesetz sowohl die Voraussetzung für die angestrebte Konzernvereinfachung als auch für den Erhalt einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse als Teil der Landesbank Berlin AG über die Veräußerung des Konzerns im Jahre 2007 hinaus.

Durch Beschluss der Hauptversammlung 2006 der Bankgesellschaft Berlin AG soll deren Geschäft im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin AG ausgegliedert werden. Die Bankgesellschaft Berlin AG würde damit zu einer reinen Holdinggesellschaft ohne eigenes operatives Geschäft. Auch würden alle ihre heutigen Beteiligungen auf die Landesbank Berlin AG übertragen – mit Ausnahme ihrer Beteiligung an der Landesbank Berlin AG selbst. Die Landesbank Berlin AG würde innerhalb des Konzerns zur 100%-igen und einzigen Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Damit wäre das Ziel der Vereinfachung erreicht: Die Landesbank Berlin AG wird die „Eine Bank“.

Emission von Aktienderivaten und strukturierten Aktienprodukten

Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft hat die Begebung von Index-Zertifikaten, Index Linked Notes und Warrants im Juli 1996 genehmigt. Die vom Vorstand der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft genehmigte Geschäftsanweisung für den Bereich Equities erlaubt u. a. die Begebung strukturierter Aktienprodukte.

Firma, Gründung, Sitz und Gegenstand des Unternehmens

Die Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft - nachstehend auch Bank, Gesellschaft oder Holding genannt - vereinigt die Bankenbeteiligungen des Landes Berlin. Die Gesellschaft wurde unter der Firma Berliner Bank Aktiengesellschaft 1950 gegründet. Sie übernahm im selben Jahr als Rechtsnachfolgerin des Berliner Stadtkontors West dessen sämtliche Aktiva und Passiva.

Zur Neuordnung der Bankenbeteiligungen hat das Land Berlin seine Kapitalbeteiligung an der Landesbank Berlin -Girozentrale- (ohne Investitionsbank Berlin) und seinen Aktienbesitz an der Berliner Hypotheken- und Pfandbriefbank AG sowie an der Berliner Bank AG in einer Holding zusammengefasst. Im Zuge dieser Neuordnung hat die Berliner Bank AG mit Wirkung vom 1. Januar 1994 wesentliche Teile ihres eigenen Bankgeschäftes ausgegliedert und als Sacheinlage in eine zu diesem Zweck errichtete Neue Berliner Bank AG eingebracht. Die Neue Berliner Bank AG – ab 1. Januar 1994 firmierend unter “Berliner Bank AG” – wurde am 15. Juni 1993 gegründet.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1994 an führt die Berliner Bank AG (alt) die Firma “Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft”. Sie hat die Funktion der Holding für die Landesbank Berlin -Girozentrale-, die Berlin-Hannoversche Hypothekenbank AG und die Neue Berliner Bank AG, die die Firma “Berliner Bank AG” übernommen hat.

Neben der Funktion als Holding führt die Bankgesellschaft Berlin AG auch eigene Bankgeschäfte, insbesondere im Bereich des Kapitalmarktgeschäftes, durch. Die Aktionäre der “alten” Berliner Bank AG bleiben an dieser in ihrer rechtlichen Identität unveränderten und lediglich unter neuer Firma (Bankgesellschaft Berlin AG) auftretenden Aktiengesellschaft mit ihren weiterhin zum amtlichen Börsenhandel zugelassenen Aktien beteiligt.

Im Rahmen der Umstrukturierung wurde die Berliner Bank AG als Niederlassung auf die Bankgesellschaft Berlin AG verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung erfolgte am 1. Mai 1999 rückwirkend zum 1. Januar 1999. Am 1. Juli 2003 wurde die Berliner Bank in die Landesbank Berlin integriert.

Die Holding hat ihren **Sitz in Berlin** und ist eingetragen im Handelsregister des **Amtsgerichtes Charlottenburg, HRB 527.**

Sie ist durch Geschäftsstellen ihrer Tochtergesellschaften im In- und Ausland vertreten.

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer aus Kreditinstituten bestehenden Unternehmensgruppe sowie die Durchführung bankmäßiger Geschäfte - mit Ausnahme des

Investmentgeschäfts - in allen Zweigen des Bankbetriebes und der damit zusammenhängenden Handelsgeschäfte aller Art.

Die Holding ist berechtigt, soweit dies ihrem Zweck förderlich erscheint, sich an anderen Unternehmungen zu beteiligen, solche zu erwerben oder zu errichten oder ihre Vertretung zu übernehmen.

Kapitalverhältnisse

Derzeit beträgt das Grundkapital der Bankgesellschaft Berlin AG EUR 2.554.741.132,93 und ist eingeteilt in 999.327.870 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennbetrag von je EUR 2,56 (aufgerundet)[*)].

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG ermächtigt, bis zum 30. September 2006 zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu Preisen, die den durchschnittlichen Schlusskurs der Aktie an der Börse Berlin-Bremen an den jeweils zehn vorangegangenen Börsentagen nicht um mehr als 10% über- bzw. unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf 5% des Grundkapitals der Bankgesellschaft Berlin AG am Ende eines jeden Tages nicht übersteigen. (Erwerb eigener Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 Aktiengesetz)

Zum 31. Dezember 2004 waren eigene Aktien mit einem Buchwert von 55 Mio. Euro (zum 31. Dezember 2003: 55 Mio. Euro) im Eigenbestand; es handelt sich insgesamt um Stück 27.496.235 Aktien. Der Anteil am Grundkapital betrug 2,752%.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juli 2005 besteht bis zum 30. September 2006 die Möglichkeit des Rückkaufs von eigenen Aktien zu anderen Zwecken als dem Wertpapierhandel gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG.

Andere in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften haben Genussrechte in Höhe von 85 TEUR (i. V.: 85 TEUR) ausgegeben.

Alle Genussrechte im Konzern verbriefen ausschließlich Gläubigerrechte. Wie im Vorjahr erfüllen die Genussrechte nicht die Voraussetzungen für die Anerkennung als haftendes Eigenkapital nach den Vorschriften über das Kreditwesen.

Zur Zeit befinden sich keine Wertpapiere im Umlauf, die den Gläubigern ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien einräumen.

Die Anteilsverhältnisse bei der Bankgesellschaft Berlin stellen sich wie folgt dar[**)]:

Land Berlin: 81%
Nord/LB: 10%
Gothaer Finanzholding: 2%
Streubesitz: 7%

[*)] Dieser Anteil ist eine periodische Dezimalzahl, die mit 2,5564594 beginnt und auf Grund der Umstellung des Grundkapitals auf Euro (amtlicher Umrechnungskurs DM 1,95583) und der damit verbundenen Umrechnung des früheren Nennbetrags in Höhe von DM 5,- je Aktie entstanden ist.
[**)] Die Angaben zum Anteilsbesitz an der Bankgesellschaft sind Circa-Werte.

Die neuen Aktien wurden am 11. Oktober 2001 in den Börsenhandel mit amtlicher Notierung in Berlin, Frankfurt/Main und Düsseldorf einbezogen
.

Organe

Der Vorstand der Bank besteht satzungsgemäß aus mindestens drei Mitgliedern. Die Zahl der Vorstandsmitglieder bestimmt der Aufsichtsrat. Den Vorstand setzt sich zur Zeit wie folgt zusammen:

Hans-Jörg Vetter, Vorsitzender	Königstein / Taunus
Serge Demolière	Berlin
Uwe Kruschinski	Hamburg
Martin K. Müller	Berlin
Dr. Thomas Veit	Mannheim

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus 20 Mitgliedern. Er setzt sich nach den Vorschriften des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer vom 4. Mai 1976 (MitbestG) aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammen. Von den Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner werden acht Mitglieder von der Hauptversammlung gewählt und zwei Mitglieder vom Land Berlin als Aktionär in den Aufsichtsrat entsandt.

Dem Aufsichtsrat gehören gegenwärtig an:

Dr. h.c. Klaus G. Adam - Vorsitzender -	ehem. Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Rheinland-Pfalz -Girozentrale-	Wiesbaden
Bärbel Wulff [*)] - stellv. Vorsitzende -	Stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats und des Personalrats der Landesbank Berlin - Girozentrale-	Berlin
Axel Berger	Wirtschaftsprüfer, Steuerberater	Rösrath
Dagmar Brose [*)]	stellv. Vorsitzende des Betriebsrats der Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft	Berlin
Thomas Dobkowitz	Unternehmensberater	Berlin
Dr. Michael Endres	Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank AG i. R.	Königstein / Taunus
Claudia Fieber [*)]	Mitglied des Beirates der Integrationsgruppe Berliner Bank / Landesbank Berlin	Berlin
Christina Förster [*)]	Fachsekretärin für Finanzdienstleistungen bei der ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg	Berlin
Dr. Thomas Guth	Vorstand der Gesellschaft für Industriebeteiligungen Dr. Schmidt AG & Co.	Berlin

[*)] Arbeitnehmervertreter

Sascha Händler *)	Mitarbeiter der Bankgesellschaft Berlin AG	Berlin
Michael Jänichen *)	Mitarbeiter der Bankgesellschaft Berlin AG	Berlin
Daniel Kasteel *)	Mitarbeiter der Bankgesellschaft Berlin AG	Berlin
Dr. Hannes Rehm	stellv. Vorsitzender des Vorstands der Norddeutschen Landesbank Girozentrale	Hannover
Bernd Reinhard *)	Vorsitzender der Integrationsgruppe Berliner Bank / Landesbank Berlin	Berlin
Dr. Thilo Sarrazin	Senator für Finanzen	Berlin Geschäftsadresse
Dr. Heinz-Gerd Stein	Mitglied des Vorstandes der ThyssenKrupp Aktiengesellschaft i.R.	Dinslaken
Joachim Tonndorf *)	Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg	Zepernick
Frank Wolf *)	Fachsekretär Finanzdienstleistungen ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg	Berlin
Harald Wolf	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen	Berlin Geschäftsadresse
Bernd Wrede	Vorsitzender des Vorstands der Hapag-Lloyd AG i.R.	Hamburg

Zahlstelle

Zahlstelle für die vorgenannten Wertpapiere ist die

Bankgesellschaft Berlin Aktiengesellschaft, Berlin

Gewinnverwendung

Aus dem Jahresüberschuss ist anderen Gewinnrücklagen 1/10 des Überschusses solange zuzuführen, wie diese Rücklagen nicht den zehnten Teil des Grundkapitals erreichen. Hiervon unberührt bleibt die Regelung des § 58 Abs. 2 Satz 1 AktG.

Über die Verwendung des verbleibenden Jahresüberschusses für

a) die Ausschüttung auf das Grundkapital,

b) weitere Zuführung zu den Rücklagen,

c) Zuführung zu einer freien Rücklage

beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und des Aufsichtsrats.

Geschäftsjahr

Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr.

Abschlussprüfer

Die PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, prüfte den Einzel- und den Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2004 und versah ihn mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Einzel- und Konzernabschlüsse der Jahre 2002 und 2003 wurden ebenfalls von der PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk versehen.

PwC
Deutsche Revision AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Lise-Meitner Str. 1
10589 Berlin

Ausblick

Im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens für die Bankgesellschaft Berlin AG hatte das Land Berlin zugesagt, seine Anteile am Konzern bis spätestens 31. Dezember 2007 zu veräußern. Mit Blick auf den anstehenden Verkaufsprozess soll die Struktur des Konzerns in den kommenden beiden Jahren unter dem Motto „Eine Bank“ erheblich vereinfacht werden. Kern dieser Vereinfachung ist die Zusammenführung des Geschäfts der heutigen Bankgesellschaft Berlin AG und der Landesbank Berlin – Girozentrale – in einer aufsichtsrechtlichen Einheit.

Den rechtlichen Rahmen hierfür hat das Land Berlin mit dem Berliner Sparkassengesetz vom 28. Juni 2005 geschaffen. Es sieht zum einen vor, die Landesbank Berlin zum 1. Januar 2006 identitätswahrend von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Zum anderen regelt es die Ausgestaltung der Berliner Sparkasse innerhalb der Landesbank Berlin AG, die künftig vom Land Berlin mit der Trägerschaft für die Berliner Sparkasse beliehen wird. Damit schafft das Gesetz sowohl die Voraussetzung für die angestrebte Konzernvereinfachung als auch für den Erhalt einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse als Teil der Landesbank Berlin AG über die Veräußerung des Konzerns im Jahre 2007 hinaus.

Durch Beschluss der Hauptversammlung 2006 der Bankgesellschaft Berlin AG soll deren Geschäft im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die Landesbank Berlin AG ausgegliedert werden. Die Bankgesellschaft Berlin AG würde damit zu einer reinen Holdinggesellschaft ohne eigenes operatives Geschäft. Auch würden alle ihre heutigen Beteiligungen auf die Landesbank Berlin AG übertragen – mit Ausnahme ihrer Beteiligung an der Landesbank Berlin AG selbst. Die Landesbank Berlin AG würde innerhalb des Konzerns zur 100%-igen und einzigen Tochter der Bankgesellschaft Berlin AG. Damit wäre das Ziel der Vereinfachung erreicht: Die Landesbank Berlin AG wird die „Eine Bank“.

Die Emittentin erstellt keinen eigenen Zwischenbericht. Es liegen über sie keine Angaben des laufenden Geschäftsjahres vor.

Die weitere Verwendung der Marke „Sparkasse“ ist Bestandteil der Verkaufsverhandlungen des Berliner Senats über die 80,95%ige Beteiligung des Landes Berlins an der Bankgesellschaft Berlin AG.

Angaben über den Konzern Bankgesellschaft Berlin

Die Bankgesellschaft Berlin ist im Geschäftsjahr 2004 nachhaltig in die Gewinnzone zurückgekehrt. Das Ergebnis vor Steuern konnte von minus 326 Mio. EUR auf plus 119 Mio. EUR gesteigert werden. Bereinigt um sämtliche Sonderfaktoren (IBB, EU-Aufwendungen) stieg das Ergebnis vor Steuern von 2 Mio. EUR auf 119 Mio. EUR. Damit hat der Konzern seine Ergebnisprognose für 2004 mehr als erfüllt. Der Aufwärtstrend resultierte im Wesentlichen aus Kosteneinsparungen und einer deutlich gesunkenen Risikovorsorge, die mit 200 Mio. EUR weit unter dem Vorjahreswert lag. Das operative Konzernergebnis (nach Risikovorsorge) stieg um 21 Mio. EUR auf 172 Mio. EUR (Vorjahr: 151 Mio. EUR). Nach Steuern konnte der Konzern107 Mio. EUR erwirtschaften (Vorjahr: 12 Mio. EUR). Für die Vergütung der stillen Einlagen an das Land Berlin wurden 26 Mio. EUR berücksichtigt.

In der Ergebnisrechnung 2004 des Konzerns ist die rückwirkend zum 1. Januar 2004 ausgegründete Investitionsbank Berlin (IBB) nicht enthalten. Neben der gesetzlich geforderten Darstellung wurden zur besseren Vergleichbarkeit die Vorjahreswerte ebenfalls ohne Berücksichtigung der IBB-Ergebnisbeiträge sowie ohne Auswirkungen und Effekte aus der EU-Entscheidung vom 18. Februar 2004 dargestellt.

Die Komponenten des Jahresabschlusses 2004 im Einzelnen:

Der Zinsüberschuss lag bei 1.264 Mio. EUR (Vorjahr: 1.507 Mio. EUR) und damit 16,1 Prozent unter dem Vorjahreswert. Dies ist Folge der weiteren plangemäßen Reduzierung der Risikoaktiva.

Der Provisionsüberschuss erreichte 315 Mio. EUR (Vorjahr: 288 Mio. EUR). Der Anstieg ist sowohl auf die verstärkte Vertriebstätigkeit der Bank als auch auf die Kundenaktivitäten der BB-INVEST zurückzuführen. Die leichte Steigerung des Provisionsüberschusses wurde trotz fortgesetzter Reduzierung des überregionalen Firmenkundengeschäfts im Berichtszeitraum erreicht.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften lag mit minus 22 Mio. EUR (Vorjahr: 12 Mio. EUR) unter den Erwartungen.

Bei den Verwaltungsaufwendungen liegt der Konzern mit weiteren Kostenreduzierungen voll im Plan. Die Verwaltungsaufwendungen wurden auf 1.186 Mio. EUR (Vorjahr: 1.282 Mio. EUR) gesenkt. Dies ist ein Rückgang um 7,5 Prozent. Die Kosteneinsparungen entfielen mit 61 Mio. EUR auf den Personalaufwand und mit 35 Mio. EUR auf andere Verwaltungsaufwendungen (inklusive Normalabschreibungen). Die Zahl der Mitarbeiter

im Konzern sank im Vergleich zum Vorjahr um 910 auf 9.530 Beschäftigte (Stichtag 31.12.2003: 10.440, ohne IBB-Mitarbeiter).

Der Saldo der Risikovorsorge (ohne Reserven nach § 340 f HGB) ist um 144 Mio. EUR auf 200 Mio. EUR (Vorjahr: 344 Mio. EUR) gesunken. Dabei wurden für die Kreditrisikovorsorge 253 Mio. EUR netto beansprucht (Vorjahr: 400 Mio. EUR). Gegengerechnet wurde ein positives Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve in Höhe von 53 Mio. EUR.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen hat sich um 64 Mio. EUR auf plus 6 Mio. EUR (Vorjahr: minus 58 Mio. EUR) verbessert.

Die Geschäftsentwicklung im 1. Quartal 2005:

Die Bankgesellschaft Berlin hat in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres den positiven Ergebnistrend fortgesetzt und das Ergebnis vor Steuern um 29 Mio. EUR auf 46 Mio. EUR (vergleichbarer Vorjahreszeitraum: 17 Mio. EUR) verbessert. Das operative Konzernergebnis (Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und ohne Veränderung §340f-HGB-Reserve) lag bei 53 Mio. EUR (14 Mio. EUR). Nach Steuern erzielte der Konzern 29 Mio. EUR (minus 8 Mio. EUR). Für die Vergütung der stillen Einlagen an das Land Berlin werden ergänzend 19 Mio. EUR berücksichtigt.

Der Zinsüberschuss lag mit 274 Mio. EUR um 42 Mio. EUR unter dem entsprechenden Vorjahresniveau (316 Mio. EUR). Rund 35 Mio. EUR dieser Differenz sind darauf zurückzuführen, dass im Hinblick auf den zum Jahresende anstehenden Übergang auf die IFRS-Berichterstattung dispositive Maßnahmen mit Instrumenten realisiert wurden, die zu einem Ausweis im „Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve“ und nicht im Zinsergebnis führten. Die laufenden Erträge aus Beteiligungen sind um 13 Mio. EUR gestiegen. Durch das anhaltend niedrige Zinsniveau hat sich hingegen im Einlagengeschäft eine Margenreduzierung ergeben.

Der Provisionsüberschuss konnte im Vergleichzeitraum auf 74 Mio. EUR (70 Mio. EUR) zulegen. Dies ist insbesondere auf die im Vorjahr noch nicht konsolidierten Gesellschaften BB-INVEST und BB-ASSET Management zurückzuführen. Ohne deren Ergebnisbeiträge läge der Provisionsüberschuss nahezu auf vergleichbarem Vorjahresniveau.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften lag bei minus 8 Mio. EUR (minus 17 Mio. EUR).

Auch im laufenden Geschäftsjahr wird der Kostenabbau fortgesetzt. Die Verwaltungsaufwendungen konnten insgesamt auf 282 Mio. EUR (291 Mio. EUR) gesenkt werden. Bei den Personalkosten schlugen sich die Tariferhöhungen im Bankgewerbe und die vertragsgemäße Rücknahme eines Teils der Gehaltskürzungen aus der Sanierungsvereinbarung erwartungsgemäß nieder. Die anderen Verwaltungsaufwendungen und Normalabschreibungen wurden in den ersten drei Monaten um 9 Mio. EUR reduziert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wurde für das erste Quartal mit 42 Mio. EUR berücksichtigt. Der Saldo der Risikovorsorge wurde durch die Realisierung von Erträgen

aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve nur mit 1 Mio. EUR (54 Mio. EUR) ausgewiesen.

Restrukturierung und strategische Neuausrichtung

Die strategische Neuausrichtung des Konzerns ist nahezu abgeschlossen.

Der Konzern hat sich mit seinen Marken fest im Markt etabliert und das Kundenvertrauen weiter gefestigt. Die Produkt- und Vertriebsoffensive der Marken im Jahr 2004 war erfolgreich. So hat sich das Volumen im Neugeschäft bei Immobilienfinanzierungen im nationalen Markt mit rund 1,6 Mrd. EUR nahezu verdoppelt. Das Absatzvolumen der SOFIA-Zertifikate, ein strukturiertes Anlageprodukt für Privatkunden, stieg auf rund 338 Mio. EUR und hat sich damit gegenüber 2003 fast verdreifacht.

Mit der Komplettübernahme der Kapitalanlagegesellschaft BB-INVEST im November 2004, zuvor eine gemeinsame Beteiligung mit der Gothaer, hat der Konzern einen weiteren Schritt in der Neuausrichtung des Wertpapiergeschäfts vollzogen und die Basis für eine erfolgreiche Vermögensverwaltung ausgebaut.

Im Rahmen der Restrukturierung des Konzerns sind auch 2004 Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und anderen Kreditinstituten weiter abgebaut worden. Dadurch hat sich die Bilanzsumme des Konzerns wie geplant um 3,7 Mrd. EUR oder 2,7 Prozent auf 132,6 Mrd. EUR (Vorjahr: 136,2 Mrd. EUR) verringert. Der sanierungsbedingte Volumenabbau ist damit abgeschlossen.

Im Berichtszeitraum konnten Risikopotenziale weiter abgebaut und die Kapitalbasis gestärkt werden (Kernkapitalquote nach Feststellung des Jahresabschlusses 2004: 7,5 Prozent). Das verbessert die Position der Bank im Hinblick auf den Wegfall der Staatshaftung 2005 und den Verkauf der Bankgesellschaft im Jahr 2007.

Auch im laufenden Geschäftsjahr wird der Kostenabbau plangemäß fortgesetzt.

Genehmigung durch die EU

Die EU-Kommission hat am 18. Februar 2004 die Beihilfen des Landes Berlin für die Umstrukturierung der Bankgesellschaft Berlin vollumfänglich genehmigt Die genehmigten Umstrukturierungsbeihilfen des Landes Berlin für die Bankgesellschaft Berlin sind:

- die Kapitalerhöhung des Landes Berlin in Höhe von 1,75 Mrd. EUR im August 2001,
- das Gesetz zur Abschirmung von Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft vom Dezember 2001 / April 2002 mit einem Haftungshöchstbetrag von nominal 21,6 Mrd. EUR sowie
- eine Rückzahlungsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin vom Dezember 2002.

Diese Vereinbarung bezieht sich auf das – inzwischen ebenfalls abgeschlossene – Beihilfeprüfverfahren der Europäischen Kommission für die Landesbank Berlin wegen

der Einbringung des Wohnungsbauvermögens der ehemaligen WBK (später IBB). Gleichartige Verfahren betrafen auch andere deutsche Landesbanken. Die Kommission hat am 20. Oktober 2004 in allen Verfahren Entscheidungen erlassen, die zur Rückzahlung von Beihilfen durch die Banken an die jeweiligen Länder führen. Durch die von Brüssel bereits genehmigte Rückzahlungsvereinbarung konnte die Umsetzung dieser Entscheidung im Berliner Fall für den Konzern bereits ergebnisneutral erfolgen. Weder für das Land noch für die Bank kam es zu einem Abfluss oder Zufluss von Liquidität.

Insgesamt kommt die EU-Kommission im Rahmen ihrer Entscheidung über die Unstrukturierungsbeihilfen zu dem Schluss, dass der Restrukturierungsplan – also sowohl die bereits durchgeführten als auch die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen – plausibel, vollständig und geeignet sind, die langfristige Rentabilität der Bank sicherzustellen. Der Vorstand der Bankgesellschaft Berlin informiert den Hauptanteilseigner regelmäßig über die Sanierung und Restrukturierung im Konzern.

Die Genehmigung der Restrukturierungsbeihilfen für die Bankgesellschaft Berlin ist mit verschiedenen Zusagen an die Europäische Kommission verbunden. Zu ihnen zählen die Verpflichtung, den mit dem Beilhilfeantrag eingereichten Restrukturierungsplan weiter umzusetzen, die Herauslösung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts spätestens zum 31. Dezember 2005, die Veräußerung der Berliner Bank spätestens mit Wirkung zum Februar 2007 sowie die Privatisierung des Konzerns bis Ende 2007.

Privatisierung

Das Land Berlin hat sich verpflichtet, seine Anteile an der Bankgesellschaft bis Ende 2007 zu veräußern. Die Berlin Hyp kann im Zuge der Privatisierung sowohl zusammen mit dem Gesamtkonzern an dessen Käufer oder aber getrennt vom Konzern an einen anderen Käufer veräußert werden.

Mit Blick auf die anstehende Veräußerung wird die Struktur des Konzerns Bankgesellschaft deutlich vereinfacht werden. Insbesondere ist vorgesehen, das gesamte Geschäft der heutigen Institute Bankgesellschaft und Landesbank Berlin in einer aufsichtsrechtlichen Einheit zu bündeln. das Abgeordnetenhaus von Berlin hat dazu am 16. Juni 2005 ein neues Landesbank- und Sparkassengesetz verabschiedet, mit dem die Landesbank Berlin zum 1. Januar 2006 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Die Berliner Sparkasse bleibt dabei wie heute ein Teil der Landesbank Berlin. Dieses Gesetz schafft die rechtlichen Voraussetzungen für den Erhalt einer öffentlich-rechtlichen Berliner Sparkasse sowie für die geplante Konzernvereinfachung. In einem darauf folgenden Schritt soll dann das Geschäft der heutigen Bankgesellschaft Berlin AG in die Landesbank Berlin AG überführt werden. Damit ist das Ziel der Konzernvereinfachung erreicht: Die Landesbank Berlin AG ist „eine Bank“.

Aussichten

Im laufenden Geschäftsjahr wird die Bank ihr Produktangebot und ihre Beratungsqualität weiter verbessern. Die Marktpräsenz wird 2005 aktiv ausgebaut, mit dem Ziel, das Zins- und Provisionsergebnis als wichtige Ertragskomponenten zu stärken und den Rückgängen infolge des seit 2002 plangemäß erfolgten Volumenabbaus entgegen zu arbeiten. Da unverändert mit gedämpfter Konjunktur und zurückhaltenden Kapitalmärkten zu rechnen ist, kann eine Stärkung der Marktposition nur durch gezielte und professionelle Arbeit mit den Kunden erreicht werden. Der Verlauf der ersten drei Monate bestärkt den Konzern darin, auch im Geschäftsjahr 2005 eine weitere Verbesserung des handelsrechtlichen Ergebnisses vor Steuern zu erreichen.

London, im Juli 2005

BANKGESELLSCHAFT BERLIN
Aktiengesellschaft

LANDESBANK BERLIN -GIROZENTRALE-
London Branch